

TAGUNGSBERICHT

Arm und Reich. 24. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Zugleich Jubiläumsveranstaltung zum 50jährigen Bestehen der GSWG.

Veranstalter:

Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (GSWG)

Datum, Ort:

16. bis 19. März 2011, Bonn

Verfasser:

David Lanzerath

Institut für Geschichtswissenschaft

Abteilung Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Überblickt man die großen Themenfelder, derer sich die Geschichtswissenschaft in den letzten Jahren angenommen hat, so kann sicherlich nicht übersehen werden, dass die „Soziale Frage“ auf das Tableau der Historiographie zurückgekehrt ist. Ein Ausdruck dessen war beispielsweise der 47. Deutsche Historikertag, der 2008 in Dresden unter dem Oberthema „Ungleichheiten“ stattfand. Schlagworte wie Prekarisierung, Gentrifizierung oder die gesellschaftlichen Folgen der weltweiten Finanzkrise bestimmten das Programm der damaligen Tagung.

Auch die Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (GSWG) folgte diesem Weg, als sie 2009 auf ihrer Kieler Tagung das Leitthema der 24. Arbeitstagung festlegte, die nun in Bonn vom 16. bis zum 19. März 2011 unter dem Titel „Arm und Reich“ stattfand. Die Problemfelder von Armut und Reichtum sind in der Geschichtswissenschaft allgegenwärtig. Pauperismus, die Folgen der Industrialisierung, die Entstehung des modernen Wohlfahrtsstaates, politische Radikalisierung im Zeitalter der Extreme, die Konsequenzen der Globalisierung und der jüngsten Bankenkrise, die Rolle von Bildung und der demographischen Entwicklung sowie die Frage nach der differentiellen Verteilung von

Ressourcen und die In- und Exklusion von gesellschaftlichen Gruppen sind hierbei Oberbegriffe zahlreicher der Diskussionen.

Für die Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte stellte sich das Leitthema der Bonner Tagung als repräsentativer Untersuchungsgegenstand dar, ließ sich das Begriffspaar „Arm und Reich“ sowohl unter sozialhistorischen als auch unter wirtschaftshistorischen Gesichtspunkten beleuchten, was wiederum dem Charakter der Gesellschaft entspricht, thematisch, analytisch und methodisch enge Verbindungen zwischen der wirtschafts- und sozialgeschichtliche Forschung zu schaffen. Gleichzeitig eignete sich das Rahmenthema vortrefflich, um anlässlich des 50. Geburtstags der GSWG die Spannweite, Vielfalt und Einheit der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in inhaltlicher, theoretischer, methodischer sowie räumlicher und zeitlicher Hinsicht zu demonstrieren.

STEFAN HRADIL (Mainz) thematisierte in seinem Eröffnungsvortrag die unterschiedlichen Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster von Armut in der modernen Gesellschaft. Sowohl in breiten Bevölkerungsschichten als auch in der Forschung sei Armut ein brisantes Thema, an dem sich die Geister scheiden würden. Besonders kontrovers werde das Problem diskutiert, wer als „relativ arm“ gelte, da es dafür keine einheitliche Definition gebe. Auch um die Frage, ob Armut eine eigene Gesellschaftsschicht herausbilde, sei in der Wissenschaft sowie in der Gesellschaft eine Kontroverse entbrannt. Hradil zeigte auf, dass hierbei die Meinungen von gemäßigten bis hin zu extremen Positionen stark divergieren. Als Adressaten der Armutsdebatte in Deutschland kennzeichnete er die Mittelschicht, die sich aus Furcht vor einem Abstieg in die Unterschicht und zum Zweck der Verteidigung eigener Wertvorstellungen „nach unten hin“ abgrenze. Nicht umsonst sei, so Hradil, die Zustimmung zu Thilo Sarrazins Thesen („Deutschland schafft sich ab“) in der Mittelschicht besonders groß gewesen.

Auf die Herkunft heutiger Wahrnehmungen von Armut und Reichtum bezog sich der Vortrag von BERND FUHRMANN (Siegen). Basierend auf einer Analyse von städtischen Chroniken des Spätmittelalters und des frühen 16. Jahrhunderts stellte er das Gegensatzpaar „arm und reich“ als charakteristisches Abbild der innerstädtischen sozialen Differenzierung der damaligen Zeit dar und ordnete es neben Alter und Geschlecht den „drei fundamentalen Dimensionen der menschlichen Hierarchisierung“ zu. Anhand der untersuchten Quellen machte Fuhrmann darauf aufmerksam, dass im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit die

alltägliche Armut in den städtischen Chroniken thematisch kaum aufgegriffen worden sei. Ebenso verhalte es sich mit der Wahrnehmung von generationslangem Reichtum, wohingegen rascher sozialer Aufstieg verbunden mit der Akkumulation von Reichtum und dem Erreichen hoher kommunaler Ämter in den Chroniken häufig erwähnt und kritisch beurteilt worden sei. Am Beispiel von negativen obrigkeitlichen Bewertungen, wie sie u. a. in Bezug auf Bettler gemacht wurden, zeigte Fuhrmann auf, dass sich sowohl die Armendebatten des Spätmittelalters als auch die heutigen Diskussionen um Hartz IV-Sätze sehr ähnlich seien.

In Ergänzung der städtischen Perspektive von Bernd Fuhrmann betrachtete PETRA SCHULTE (Köln) das Thema „Arm und Reich in der politischen Theorie des späten Mittelalters“ aus höfischer Sichtweise. Grundlage ihrer Untersuchungen waren dabei Tugendlehren und Fürstenspiegel aus dem französischen Sprachraum des späten 13. bis 15. Jahrhunderts. Schulte legte dar, dass Gerechtigkeit (*iustitia*) und sozialer Ausgleich (*aequitas*) zwei Kernprinzipien der politischen Ethik waren, die im späten Mittelalter an den akzeptierten Unterschied zwischen Arm und Reich gebunden gewesen seien und zugleich das Nachdenken über das Gemeinwesen beeinflusst hätten. Die Gefahr, die sich aus einer zu breiten Schere von Arm und Reich ergeben habe, sei von der Obrigkeit erkannt und mit gesetzlichen Mitteln zu beseitigen versucht worden. Allerdings sei eine konkrete Umsetzung der postulierten Gerechtigkeit schwierig gewesen, was nicht zuletzt an der bestehenden ständischen Hierarchisierung und der Tatsache, dass dem König und dem Adel zwar ethisch-moralische Normen auferlegt waren, deren Missachtung aber kaum zu sanktionieren waren, gelegen habe.

Das 50jährige Bestehen der am 18. Februar 1961 gegründeten Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (GSWG) nahm GÜNTHER SCHULZ (Bonn) als Vorsitzender der Gesellschaft zum Anlass, um die Entstehungsgeschichte und die bisherige Entwicklung der GSWG zu skizzieren. Dabei kamen die Themen, Arbeitsfelder und Fragestellungen ebenso zur Sprache wie die organisatorischen Fragen, Zwecke und Inhalte der Gesellschaft. Mit Friedrich Lütge, Hermann Kellenbenz, Wilhelm Abel, Wolfgang Zorn, Hermann Aubin und auch Hans Pohl – nur um hier einige beispielhaft zu nennen – wurden zudem Vorstandspersönlichkeiten vorgestellt, die die Geschicke der GSWG gelenkt und das Bild der Gesellschaft in der Öffentlichkeit entscheidend geprägt haben. Am Schluss trug Schulz Überlegungen zur „Zukunftstauglichkeit“ der GSWG im Kontext des gegenwärtigen Wandels der Sozial- und Wirtschaftshistoriographie vor.

Den zweiten Tag der Bonner Arbeitstagung eröffnete SVEN RABELER (Kiel) mit einem Beitrag über Existenz und Perzeption von Armen in der Vormoderne. Dabei ging er besonders den Strukturen spätmitteleralterlicher Armut sowie der Frage nach, ob diese Armut zeitgenössisch nicht nur als individuelles oder moralisches Problem, sondern in ihrer sozioökonomischen Bedingtheit als Massenerscheinung der „labouring poor“ wahrgenommen wurde. Als zentrale These wurde herausgestellt, dass „Pauperismus“ in seinen realen, mentalen und diskursiven Elementen nicht erst als Begriff im Zeitraum zwischen 1770 und 1850 hervortrat, sondern sich bereits auch in früheren Epochen der Vormoderne auffinden ließ – wenngleich unter Variationen der sozialen Formen, der makroökonomischen Kontexte und der vorgenommenen Deutungen. Auch wenn es in der Regel an einem theoretisch-analytischen Zugang zu den Problemen der Armut im urbanen Milieu des Spätmittelalters noch gefehlt habe, so sei Rabeler zufolge der Begriff des „Pauperismus“ zur Bezeichnung spezifischer Strukturen vormoderner, vorindustrieller Armut und als frageleitendes Arbeitsinstrument mit Blick auf das Spätmittelalter doch sehr nutzbringend.

Der Frage, ob Armut im ausgehenden Mittelalter durch Geldentwertung entstanden sei und somit die Dichotomie „arm und reich“ begünstigt habe, ging PHILIPP ROBINSON RÖSSNER (Leipzig) nach. Als grundsätzliche Hypothese nahm Rössner an, dass ein Mangel an gutem und wertstabilem Klein- und Mittelgeld eine Vielzahl von Produzenten negativ betroffen habe, wodurch der störungsfreie Ablauf des Wirtschaftsprozesses beeinträchtigt worden sei, mit erheblichen gesellschaftlichen Folgen. Nicht zufällig habe es eine Koinzidenz zwischen einer Unordnung im Geldwesen und einer Reihe bäuerlicher und städtischer Unruhen in der Zeit zwischen der Agrardepression des 14. und 15. Jahrhunderts und der „Preisrevolution“ im 16. Jahrhundert gegeben. Rössner stützte seine Grundannahme auf folgende Argumentationskette: Trotz eines Booms in der zentraleuropäischen Edelmetallgewinnung sei es im Deutschen Reich nach 1500 zu einer Silberknappheit gekommen, die Folge hoher Silberexporte gewesen sei. Diese Unterversorgung mit Zahlungsmitteln habe in Zeiten des Bevölkerungsaufschwungs und der realwirtschaftlichen Expansion zu Deflation geführt. Zudem habe eine Unordnung im Geldwesen, hervorgerufen durch Münzverschlechterung und Mangel an „gutem“ Münzgeld, zu einer Verknappung an wertstabilen Zahlungsmitteln geführt. Infolge sinkender Reallöhne sei es in weiten Bevölkerungskreisen zu einer Anhäufung von Beschwerden gekommen, die sich schließlich

in den zahlreichen Aufständen und sozialreformerischen Bewegungen des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit entladen hätten.

Zentraler Gegenstand des Beitrags von ANDREAS EXENBERGER (Innsbruck) war das Problem der globalen Verteilung von Vermögen in langfristiger historischer Perspektive. Ausgehend von einer Diskussion der Frage, wie bestimmte Verteilungsmuster zum Problem werden und welche Strategien Gesellschaften entwickelt haben, mit diesen Problemen umzugehen, schlug Exenberger in einer komparativen Längsschnittanalyse eine Brücke zwischen verschiedenen empirischen Zugängen hinsichtlich der Frage nach der Wohlstandsverteilung. Neben aktuellen Verteilungsmustern wurden dabei speziell jene im Europa des 19. Jahrhunderts und in kolonialen Gesellschaften thematisiert und mit außereuropäischen Befunden kontrastiert. Seine aufgeworfene Frage, ob Vermögensverteilung „immer dieselbe Geschichte“ sei, beantwortete Exenberger mit einem „Nein“, schränkte es allerdings ein: denn die Geschichte der Vermögensverteilung gestalte sich in vielen wichtigen Nuancen in der Zeit und im Raum immer wieder anders, und auch die großen Trends seien keineswegs ungebrochen. Zugleich lasse sich jedoch eine erklärungskräftige große Erzählung wiedergeben, die auch eine Kontextualisierung aktueller Zustände ermögliche und Optionen für weitere Entwicklungen aufzeige.

Der Fragestellung, welche Bestimmungsgründe ökonomischer Ungleichheit Ökonomen des 19. und 20. Jahrhunderts hervorbrachten und welche Maßnahmen sie empfahlen, um Ungleichheit zu verringern, ging KARL-HEINZ SCHMIDT (Paderborn) nach. Sein Fokus richtete sich dabei auf die Analyse der Sichtweisen von Johann Heinrich von Thünen (1783-1850), Gustav Schmoller (1838-1917), Lujo Brentano (1844-1931) und Walter Eucken (1891-1950). Schmidt gelangte zu folgenden Schlussfolgerungen: Die ökonomische Ungleichheit erscheine im Spiegel der ökonomischen Dogmengeschichte als empirisch-historisch und theoretisches Problem. Als Kennzeichen der „Sozialen Frage“ seien von den Autoren der deutschen Nationalökonomie und der Historischen Schule geringe Arbeitsproduktivität, niedrige Lohnsätze, Angebotsüberschüsse am Arbeitsmarkt sowie das niedrige Niveau der Nachfrage auf den Gütermärkten herausgearbeitet worden. Ferner seien im Verlauf der Industrialisierung auch der unterschiedliche Organisationsgrad des Arbeitskräfteangebots und die Nachfrage nach Arbeitskräften als Gründe aufgetreten. Gemäß den wirtschafts- und sozialpolitischen Konzepten ihrer Zeit hätten die Autoren in unterschiedlichen Formen und Kombinationen Maßnahmen empfohlen, die der Abschwächung der „Sozialen Frage“ und der

damit verbundenen ökonomischen Ungleichheit dienen sollten. Dabei sei auffällig gewesen, dass auch Autoren, die dem Liberalismus nahe standen, angesichts des fortgeschrittenen Konzentrationsprozesses über sozialpolitische Maßnahmen hinaus Eingriffe in die Eigentumsordnung in ihren Werken befürwortet hätten. Wie notwendig solche Maßnahmen der Einkommensumverteilung und sozialer Sicherung sowie Änderungen bei der Vermögensverteilung und der Eigentumsrechte sein können, hätten schließlich wohlfahrtsökonomische und verteilungstheoretische Untersuchungen gezeigt, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts durchgeführt worden sind.

In einem „Offenen Forum“, das nach 2009 nun zum zweiten Mal abgehalten wurde, bot die Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Nachwuchswissenschaftlern die Möglichkeit, ihre laufenden Forschungsprojekte vorzustellen. SIBYLLE LEHMANN (Köln) referierte dabei über die Bedeutung der Emissionsbanken für den deutschen Aktienmarkt im Zeitraum von 1896 bis 1913. CHRISTINA MUMME (Tübingen) berichtete über ihr Promotionsvorhaben, das sich mit globalen Bürgerkriegsrisiken von 1816 bis 1989 befasst. Dabei will sie explizit der Frage nachgehen, ob abnehmende Lebensstandards einen direkten Einfluss auf Volksaufstände hatten. ALEXANDER DONGES (Mannheim) gab Einblicke in sein Dissertationsprojekt über die Vereinigte Stahlwerke AG im Dritten Reich. Den Schwerpunkt der Untersuchung bildet dabei die Analyse der unternehmerischen Handlungsspielräume, wie sie sich unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Wirtschaftsordnung gestalteten.

Zu Beginn des dritten Tages der Bonner GSWG-Arbeitstagung stellte HANS-CHRISTIAN PETERSEN (Mainz) die Grundzüge seines Habilitationsvorhabens vor. Ziel sei eine Untersuchung der sozialen Frage im städtischen Raum des Russländischen Imperiums, in der die Betrachtung struktureller Faktoren mit einer Analyse von individuellem Handeln und dem Entstehen sozialer Räume verbunden werden soll. Am Beispiel von Sankt Petersburg von 1850 bis 1913 fragt Petersen danach, inwieweit die Benachteiligten der Gesellschaft nicht nur Opfer ungleicher sozialer Verhältnisse waren, sondern sich durch Deutungen und Aneignungen des sozialen Raums auch individuell und gemeinschaftlich gegen ihre Randständigkeit zur Wehr setzten. Mit seinen Forschungsergebnissen erhofft sich Petersen einerseits, die bislang verkürzte und eher grobkörnige Sichtweise der Wissenschaft auf die sozialen Randbezirke von Städten erweitern und die Bewohner der Armutsviertel als aktiv handelnde Menschen in allgemeine öffentliche Wahrnehmung rücken zu können.

Andererseits gehe es ihm in seiner Untersuchung auch um den Versuch, durch die Verknüpfung sozialgeschichtlicher Ansätze und neuerer kulturgeschichtlicher Zugänge einen substantiellen Beitrag zur aktuellen Debatte der Historiker und Historikerinnen über die „Soziale Frage“ zu leisten.

In seinem Vortrag über die „1000 reichsten Österreicher im Jahr 1910“ stellte ROMAN SANDGRUBER (Linz) die bisherigen Resultate seiner verteilungsstatistischen und kollektivbiographischen Analyse der Finanzelite der Habsburgermonarchie vor. Von der Ausgangsfrage geleitet, wer unter finanziellen Aspekten die „High Society“ in Österreich bildete und welchen Anteil diese oberste Spitze der Einkommensbezieher an den Gesamteinkommen in Wien und Niederösterreich sowie im Gesamtstaat hatte, entwarf Sandgruber auf Grundlage detaillierter makroökonomischer Untersuchungen ein farbiges Bild der Honoratioren Österreichs. Als Quellen dienten dabei Einkommenssteuerlisten, die nach Meinung Sandgrubers in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte noch nicht hinreichend genutzt worden seien.

Mit dem Wechselspiel von Armutsbildern, Armutspolitiken und Armutssystemen in Deutschland in der Zeit von 1880 bis 1960 beschäftigte sich WILFRIED RUDLOFF (Kassel) in seinem Vortrag. Darin wurde die Grundthese aufgestellt, dass Armutsbilder aufgrund ihrer normativen Aufladung zumeist durch eine binäre Codierung gekennzeichnet seien, die sie anschlussfähig für die administrativen Unterscheidungen der Sozialverwaltungen mache. Im Wandel der armutspolitischen Epochen lasse sich dabei eine Sequenz charakteristischer Leitdifferenzen beobachten. Als Abfolge normativer und zugleich administrativer Unterscheidungen kennzeichnete Rudloff moralpolitische („Würdigkeit“), sozialpolitische („Bedürftigkeit“) und biopolitische („erbbiologische Wertigkeit“) Kategorien. Aus den Wechselwirkungen der drei verwandten Analysegesichtspunkten (Armutsbilder, Armutspolitiken, Armutssysteme) ergebe sich in den genannten Unterscheidungskategorien auf der einen Seite eine Widerspiegelung wirkungsstarker Armutsbilder. Auf der anderen Seite würden die drei Unterscheidungskategorien zugleich die Armutssysteme als Summe und Essenz der Armutspolitik konfigurieren: Lösung der sozialen Frage durch erstens soziale Disziplinierung, zweitens soziale Sicherung und drittens sozialutilitaristische Aussonderungen. Im ersten Fall wäre Armutspolitik Ausdruck der Durchsetzung moderner Arbeitsgesellschaften (Kaiserreich), im zweiten des wohlfahrtsstaatlichen

Legitimationsbedarfs moderner Staatlichkeit (Weimarer Republik/Bundesrepublik), im dritten eines den Eigenanspruch individueller Integrität negierenden Sozialrassismus (NS-Staat).

Einen Beitrag zur bislang wenig erforschten deutschen Armutsgeschichte in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg soll das an der Universität Freiburg gestartete DFG-Forschungsprojekt „Armut in Deutschland 1950-1990“ leisten, das von PETER KRAMPER (Freiburg im Breisgau) unter Betreuung von Franz-Josef Brüggemeier geleitet wird und auf der GSWG-Arbeitstagung vorgestellt wurde. Kramper trug Analyse, Fragestellung und Problembezüge des Projekts vor, das auf drei Teilprojekte angelegt sei. Die erste Teilstudie trage den Arbeitstitel „Armut und Armutsstatistik“ und verfolge auf der einen Seite die quantitativ-sozialgeschichtliche Dimension des Armutsphänomens, auf der anderen Seite die Beschreibung der Kulturgeschichte der Armutsstatistik. Stoßrichtung des zweiten Teilprojekts sei die nationale Armutsdebatte den Jahren von 1955 bis 1975. Hier sollen Leitbilder und Ordnungsvorstellungen, die die Diskussionen von Sozialwissenschaftlern, Sozialverwaltungen und Wohlfahrtsverbänden in der BRD und DDR prägten, untersucht werden. In Ergänzung zu den beiden Teilprojekten sei zudem eine Studie in Bezug auf Armut und Armutspolitik im interkommunalen Vergleich für die Städte Freiburg, Castrop-Rauxel und Schwerin geplant. Als Probleme zeitgenössischer Armutsforschung nannte Kramper eine nahezu unüberschaubare Anzahl an Quellen, einen nicht exakt definierten Armutsbegriff und einen sehr lückenhaften Forschungsstand. All dies erschwere die Umsetzung des Projekts und verdeutliche, dass die Forschung zur zeitgenössischen Armutsgeschichte in Deutschland noch an ihrem Anfang stehe.

Den Abschlussvortrag der GSWG-Arbeitstagung hielt WELF WERNER (Bremen) mit einem Referat über den Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik. Darin beschrieb er den Übergang von einer Subventions- zu einer veritablen Strukturpolitik in den westlichen Staaten seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Als Ursache für den Wandel der Betrachtungsweise kennzeichnete Werner den dramatischen Anstieg der Arbeitslosenzahlen in den letzten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Eine bloß monetäre Arbeitslosenunterstützung hätte eine Reintegration der Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt erschwert. Darüber hinaus hätten die steigenden Arbeitslosenzahlen auf lange Sicht die Staatsfinanzen unter Druck gesetzt und die Tragfähigkeit der traditionellen Unterstützungsprogramme und -philosophien in Frage gestellt. So sei der Paradigmenwechsel der Sozialstaaten zu einem Großteil ökonomischen Notwendigkeiten geschuldet. Aber auch das menschliche Bedürfnis, soziale Schief lagen in

den Griff zu bekommen, habe nach Ansicht von Werner eine elementare Rolle gespielt. Wichtigstes Betätigungsfeld des Staates sei eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die die Inklusion der Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt fördere. Beispielhaft für eine solche Integrationsmaßnahme nannte Werner die Bildungspolitik.

Rückschauend betrachtet, zeichnete sich die 24. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte durch ein thematisch sehr konzentriertes Programm aus. 13 Vorträge und 12 Korreferate behandelten das Thema „Arm und Reich“ aus unterschiedlichen Forschungs- und Blickrichtungen. Den Referenten und Referentinnen gelang es dabei, umfassende und beispielhaft auswählende theoretisch-systematische empirische Beiträge zusammenzuführen, die eine „Brückenbildung“ zwischen der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte beförderten. Die im Anschluss an die Vorträge lebhaften Diskussionen zeugten darüber hinaus von einem angeregten wissenschaftlichen Austausch zwischen den anwesenden Fachvertretern. Als positiver Aspekt der Bonner GSWG-Tagung wurde – wie auch schon bei den Arbeitstagungen der Gesellschaft in der Vergangenheit – der Gegenwartbezug der Beiträge hervorgehoben. Ebenso fand auch die zeitliche Spannweite der Themen, die sich vom (Spät-)Mittelalter bis hin zur jüngsten Zeitgeschichte erstreckte, viel Zustimmung, und hat sich somit als Kennzeichen der GSWG-Arbeitstreffen bewährt.

Konferenzübersicht

Mittwoch, 16. März 2011

- Grußwort: Prof. Dr. Jürgen von Hagen, Bonn (Prorektor für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs)
- Begrüßung und Eröffnung der Tagung: Prof. Dr. Günther Schulz, Bonn (Vorsitzender der GSWG)
- Eröffnungsvortrag: „Armut in einer modernen Gesellschaft“, Prof. Dr. Dr. h.c. Stefan Hradil, Mainz
- „Die zeitgenössische Wahrnehmung von Armut und Reichtum im Spätmittelalter und im frühen 16. Jahrhundert“, Prof. Dr. Bernd Fuhrmann, Siegen [Korreferat: PD Dr. Michael Rothmann, Gießen]
- „„Arm und Reich‘ in der politischen Theorie des späten Mittelalters“, Dr. Petra Schulte, Köln [Korreferat: Prof. Dr. Reinhold Reith, Salzburg]

- Festvortrag „50 Jahre GSWG“, Prof. Dr. Günther Schulz, Bonn

Donnerstag, 17. März 2011

- „Pauperismus in spätmittelalterlichen Städten – Beobachtungen zur Existenz und Wahrnehmung von Armen in der Vormoderne“, Dr. Sven Rabeler, Kiel [Korreferat: Prof. Dr. Werner Rösener, Gießen]
- „Armut durch Geldentwertung? Von der Deflation über die Devaluation zur Rebellion im Zeitalter der Reformation (1450–1550)“, Dr. Philipp Robinson Rössner, Leipzig [Korreferat: Prof. Dr. Ulrich Pfister, Münster]
- „Immer dieselbe Geschichte? Die Verteilung von Vermögen in langfristiger historischer Perspektive“, PD Dr. Andreas Exenberger, Innsbruck
- „Ökonomische Ungleichheit und sozialpolitische Ansätze im Spiegel der ökonomischen Dogmengeschichte“, Prof. Dr. Karl-Heinz Schmidt, Paderborn [Korreferat: Prof. Dr. Rainer Metz, Köln]
- „Offenes Forum“: Präsentation laufender Forschungsprojekte von Sibylle Lehmann (Köln), Christina Mumme (Tübingen) und Alexander Donges (Mannheim)

Freitag, 18. März 2011

- „An den Rändern der Stadt? Ungleichheiten und die Formierung des sozialen Raums in einer Metropole der Moderne – Sankt Petersburg 1850–1913“, Dr. Hans-Christian Petersen, Mainz [Korreferat: Prof. Dr. Ludwig Steindorff, Kiel]
- „Die 1000 reichsten Österreicher im Jahr 1910 – verteilungstatistische und kollektivbiographische Analysen“, Prof. Dr. Roman Sandgruber, Linz [Korreferat: Prof. Dr. Jörg Baten, Tübingen]
- „Zum Wechselspiel von Armutsbildern, Armutspolitik und Armutsregime in Deutschland 1880–1960“, Dr. Wilfried Rudloff, Kassel [Korreferat: Prof. Dr. Ewald Frie, Tübingen]
- „Armut in Deutschland 1950–1990: Konturen eines vernachlässigten Forschungsfeldes (DFG-Projekt)“, Dr. Peter Kramper, Freiburg [Korreferat: PD Dr. Manuel Schramm, Chemnitz]
- “From Income Poverty to Social Exclusion. The Emergence of a new Paradigm”, Prof. Dr. Welf Werner, Bremen [Korreferat: Prof. Dr. Jana Geršlová, Ostrava / Tschechien]

Samstag, 19. März 2011

- Exkursion Stadt Bonn